



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/IX/250 - 4.11.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

Werbung für die Fremdenlegion - eine offene Wunde	S. 1
Demokratischer Wahlsieg in den USA	S. 3
Wollen die 20-jährigen Soldaten werden? / Zum Kölner Mittwoch-Gespräch	S. 4

Fremdenlegion - eine lange fällige Debatte !

Von Peter Jacobs, MdB

Die Diskussion über das Wesen und die Methoden der Fremdenlegionen die einer Anzahl Staaten als militärisches Instrument ihrer Kolonialpolitik dienen, ist so alt wie sie selbst. Zwei Gründe sind es, die in Deutschland die Öffentlichkeit veranlassen, sich immer und immer wieder mit den Verhältnissen der von Frankreich unterhaltenen Fremdenlegion zu beschäftigen:

1. Der Krieg und Aufruhr in den Kolonialgebieten Frankreichs, speziell die inzwischen zu einem Stillstand gekommenen blutigen Auseinandersetzungen in Indochina und einer dadurch bedingten erheblichen Dezimierung der Kader der Fremdenlegion, für deren Auffüllung in immer stärkerem Maße Menschenmaterial aus aller Herren Länder benötigt wurde;
2. die dabei angewandten Methoden der Anwerbung in Deutschland, die nur auf dem Hintergrund der durch die militärische Besetzung usurpierten Macht Tatsache werden konnten.

Die aus dieser, jede völkerrechtlichen Grundsätze mißachtenden Situation entstandenen Fakten, insbesondere bei der Anwerbung der Legionäre in Deutschland, veranlassten zu wiederholten Malen den Deutschen Bundestag, sich mit diesen einer Kultur nation unwürdigen Methoden zu beschäftigen. Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat um der Sache willen sich dabei jeweils der Mittel bedient, von

denen sie sich einen Erfolg ihrer Bemühungen erhoffen dürfte. Leider war das, was die Bundesregierung stets nur darauf zu antworten wußte - und was sie glaubte, von sich aus in der Sache unternehmen zu können - so dürftig und ungenügend, dass es nur begrüßt werden konnte, wenn auch Regierungsparteien die Initiative ergriffen, um dadurch diesem bedeutsamen Fragenkomplex einen weiteren Akzent zu geben.

Dem Bundestag liegt nun ein Antrag der Fraktion der FDP vom 15. Juni und eine Große Anfrage der Fraktionen der DP und des GB/BHE vom 19. Juni 1954 vor, ohne, dass es bis heute zu einer Behandlung im Plenum kam. Fast immer standen die Anträge auf der vorläufigen Tagesordnung zur abschließenden parlamentarischen Behandlung (zuletzt noch für die Sitzung am 4. November), und jedesmal wurden sie, neuerdings mit Zustimmung der Antragsteller, wiederum abgesetzt, so dass die längst fällige öffentliche Diskussion bislang unterblieb.

Offenbar paßt der Bundesregierung die notwendige Debatte nicht in ihr außenpolitisches Konzept, dem sie bisher schon allzu viele wesentliche Anliegen des eigenen Volkes geopfert hat.

Immer wieder glaubte die Bundesregierung, eine in der Sache nicht angebrachte Zurückhaltung üben zu sollen, wofür unter anderem die Antwort des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes vom 15. Juni 1954 auf die Anfrage der SPD-Fraktion vom 26. Mai ein bemerkenswertes Zeugnis ist. Diese Antwort verdiente das Prädikat einer meisterhaften diplomatischen Stellungnahme, wenn sie vom Quai d'Orsay erbeten und gegeben worden wäre, so sehr stützt sie sich auf Angaben aus offenbar französischen Quellen, ohne dass sie erkennen läßt, ob Bemühungen in der Richtung unternommen wurden, durch eigene Anstrengungen Zugang zu den Quellen zu finden.

Nur - es ist Sache der Bundesregierung, ihre Methoden zu rechtfertigen. Etwas anderes jedoch ist es, wenn das Parlament, wie schon so oft, auch in diesem Falle willenslos sich seiner Vorrechte berauben läßt.

Sie Sozialdemokratische Bundestagsfraktion sieht es deshalb als ihre Verpflichtung an, durch eigene Maßnahmen erneut eine Behandlung dieses wichtigen Fragekomplexes im Bundestag zu erreichen, da das Thema Fremdenlegion mit seiner eminenten Mißachtung der Menschenrechte, jenseits aller taktisch-opportunistischen Erwägungen, dringend einer Lösung bedarf.

Die Wähler der USA für internationale Entspannung

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Als die weltweite Sendung der "Stimme Amerikas" mit ihren Wahl-
nachrichten Mittwoch nachmittag um halb sechs Uhr deutscher Zeit
aufhörte, waren die Kongresswahlen noch offiziell unentschieden. Die
demokratische Partei hatte zwar die Mehrheit im Repräsentantenhaus
erobert, aber man wußte nicht endgültig wie der Senat aussehen würde.
In Ohio, dem Heimatstaat Robert Tafts, des jahrelang unbestrittenen
verstorbenen Führer der Republikaner, wußte man es nicht aus einem
Grund, der nicht unbedingt zugunsten der technischen Vervollkommnung
Amerikas spricht. In einen wichtigen Wahlbezirk des Staates waren
die Zählmaschinen zusammengebrochen. Es handelte sich um einen Wahl-
bezirk, der ziemlich sicher überwiegend demokratisch gestimmt haben
würde, und die Aussicht war also, dass der turnusmäßige Nachfolger
des konservativen Senators und Isolationisten Taft ein Demokrat namens
Burke sein würde.

Die Beendigung der Sendung, die seit dem Vorabend ununterbrochen
fortgedauert hatte, wurde mit einer Reihe von Äußerungen und Fest-
stellungen ausgestattet, die mit dem mutmaßlichen Umschwung in Ohio
nicht schlecht harmonisierten. Erstens wurde festgestellt, dass der
Ausgang der Wahlen die überparteiliche Natur der amerikanischen Außen-
politik (wie sie unter der Präsidentschaft Roosevelts vor zehn
Jahren eingeleitet wurde) nur festigen könnte. Präsident Eisenhower
würde sofort maßgebliche Demokraten zu Beratungen über die Außenpo-
litik heranziehen. Zweitens wurde mitgeteilt, dass Präsident Eisen-
hower eine neue Note an die Sowjetregierung gerichtet hatte, und
zwar zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Kontrolle
der Atomenergie. Und drittens verbreitete sich ein Berichterstatter
aus Washington über die Möglichkeit des friedlichen Zusammenlebens
zwischen Westen und Osten in auffallend positivem Sinne. Er berief
sich auf entsprechende Äußerungen von sowjetischer Seite und hob her-
vor, dass in diesem Augenblick die Welt von kriegerischen Auseinander-
setzungen frei sei - zwar in einem Zustand, wie er sagte, des un-
sicheren Gleichgewichts, den es jedoch gilt zu sichern und zu einem

Dauerzustand zu machen.

Im einzelnen sind die Wahlen natürlich auf Grund lokaler Gegebenheiten und Bedürfnisse und der Eignung der einzelnen Kandidaten ausgefochten worden. Aber die immer energischere Beanspruchung der Autorität des Präsidenten Eisenhower von der Zentraleitung der Republikanischen Partei im Wahlkampf hat die Wahlen zu einer umfassenden Kraftprobe mit der Demokratischen Partei gemacht, einer Kraftprobe, in der die freiheitlichen Kräfte und nicht zuletzt die mächtigen, Gewerkschaften den Republikanern den Rang abliefen.

Wenn jetzt eine überparteiliche Außenpolitik, auch in der amerikanischen Praxis, wieder befürwortet wird, werden, wie Präsident Eisenhower es indirekt andeutete, einsame Entschlüsse von Außenminister John Foster Dulles die Welt nicht wie in den letzten anderthalb bis zwei Jahren wiederholt beunruhigen können. Die direkte Mitarbeit von Vertretern der Demokratischen Partei wird die Kenntnisse und die Erfahrungen in die außenpolitische Führung der Vereinigten Staaten zurückbringen, die seinerzeit die Vereinten Nationen zu schaffen mit halfen, den Marshallplan entwickelten und die Hilfe für die unentwickelten Gebiete der Welt zur Gestaltung brachten. Die Selbstisolierung der USA, die während des Wahlkampfes der Führer der Demokratischen Partei, Adlai Stevenson, der Außenpolitik von Eisenhower-Dulles vorwarf, wird nicht ungehemmt weiter zunehmen dürfen; ein Umschwung in der Richtung größerer Elastizität und geringerer Herrschsucht ist durch die Entscheidung der Wähler am 2. November schon für die Außenwelt abgezeichnet.

+ + +

Unüberhörbare Stimme der Jugend

Der ... Offenbar beabsichtigt das Amt Blank, die westdeutsche Wiederaufrüstung der deutschen Jugend, die ja in allererster Linie von ihr unmittelbar betroffen wird, durch öffentliche Vorträge und Diskussionen schmackhaft zu machen. Was nützt eine deutsche Armee, wenn ihre ausersehenen Träger so ganz und gar keine Neigung verspüren, auch innerlich dabei zu sein, ja, wenn ein Großteil der künftigen Waffenträger sie ablehnen und in ihr eher eine Gefahr als einen Schutz für ein Leben in Frieden und Freiheit erblicken? Diese Überlegungen

verleiteten das Amt Blank zu einem Experiment, über den jedoch kein glücklicher Stern schwebte. Mitarbeiter des künftigen westdeutschen Wehrministeriums stellten im letzten Mittwochgespräch der Kölner Bahnhofsbuchhandlung vor einem vielschichtigen Auditorium, in dem die jungen Jahrgänge überwogen, die explosive Frage: "Wollen die 20-jährigen Soldat werden?" Die 20-jährigen wollen es nicht. Sie wollen nicht töten und nicht getötet werden. Das weiß auch die Dienststelle Blank. Aber die Antwort eines Blankbeauftragten auf diese von vielen Zuhörern mit Gelächter aufgenommenen Frage stimmt doch bedenklich. Sinngemäß wurde darauf erwidert, na, wer zuletzt lacht, lacht am besten...

Die Reformpläne des Amtes Blank, in deren Mittelpunkt nach der Absicht der Einberuher die mit allem Freimut geführte Diskussion stehen sollte, kamen kaum zur Sprache; sie wurden überschattet von der bewegenden Sorgenach dem "Warum und Wofür und der Zweckmäßigkeit einer westdeutschen Verteidigung, so wie sie die Londoner und Pariser Verträge vorsehen. Hier sprachen nicht nur junge Männer, die der verlogenen kommunistischen Friedenspropaganda, der "Ohne-mich-Stimmung" erlegen sind oder einem blutleeren und lebensfremden Pazifismus huldigen. Gewiß gibt es auch solche Strömungen unter der jungen Generation, aber sie sind nicht repräsentativ. Die große Mehrzahl unserer jungen Menschen denkt nüchtern und realistisch, sie weiß von der inneren und äußeren Gefährdung unseres Volkes, sie bezweifelt jedoch die Wirksamkeit des vorgesehenen 500.000 Mann-Heeres als ein Mittel der Abwehr und Verteidigung. Sie will nicht umsonst und nicht für unmoralische Zwecke geopfert werden. Unmoralisch und verwerflich ist es, das klingt immer wieder durch, für die Erhaltung eines Systems zum blutigen Opferring anzutreten, das von seinem Ansatz her die Dreiteilung Deutschlands verewigt, die Spannungen in der Welt erhöht, dem deutschen Volk zwar drei Armeen (mit der Saar) gibt, ihm jedoch ein gemeinsames Vaterland verweigert.

Die Idee der Verteidigung unverzichtbarer Freiheitswerte ist durch die ganze Art, wie sie die Bundesregierung dem deutschen Volke nahe brachte, gründlich diskreditiert und korrumpiert worden. Daran tragen das Amt Blank und seine reformfreundigen Mitarbeiter gewiß am wenigsten Mitschuld. Sie mögen sich noch soviel redliche Mühe geben, unserem Volk die Schrecken eines neuen deutschen Militarismus zu ersparen, ihren Plänen fehlt die Beziehung zur politischen und psychologischen Wirklichkeit von heute. Das ist das bestürzende Fazit des Kölner Mittwochgesprächs mit jungen Menschen, denen es nach dem Willen der Regierung bestimmt sein soll, für eine Sache und ein Ziel zu kämpfen, das sie nicht als ihre Sache und als ihr Ziel empfinden.